



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Eimsbüttel

Bezirksamt Eimsbüttel - Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt - 20144 Hamburg

###

Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
Fachamt Bauprüfung
Technische Sachbearbeitung Lokstedt

Grindelberg 62 - 66
20144 Hamburg
Telefon 040 - 4 28 01 - 22 33 (Infopunkt WBZ)
Telefax 040 - 4 27 90 - 30 03
E-Mail Baupruefung-
Lokstedt@eimsbuettel.hamburg.de

Ansprechpartnerin: ###
Zimmer ###
Telefon 040 - 4 28 01 - ###
Telefax ###
E-Mail ###

GZ.: E/WBZ2/03306/2014
Hamburg, den 7. September 2015

Verfahren
Bezug
Eingang

Vereinfachtes Genehmigungsverfahren nach § 61 HBauO
vom 10.12.2014 / Nfg. v. 07.04.2015 / 29.05.2015 / 10.07.2015
12.12.2014

Belegenheiten
Baublock
Flurstücke

319-135
7648, 07403 in der Gemarkung: Schnelsen

Errichtung eines Wohngebäudes mit 46 WE und einer Tiefgarage

GENEHMIGUNG

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Genehmigung nicht die gegebenenfalls notwendige Einholung anderer öffentlich - rechtlicher Zulassungsentscheidungen ersetzt.

Dieser Bescheid gilt nach § 58 Absatz 2 HBauO auch für und gegen die Rechtsnachfolgerin oder den Rechtsnachfolger.



Servicezeiten WBZ (Bauberatung):
Mo 12:00 - 16:00 Uhr
Di und Fr 08:00 - 12:00 Uhr
Do 10:00 - 16:00 Uhr

Öffentliche Verkehrsmittel:
U3 Hoheluftbrücke
M 4, M 5, 15 Bezirksamt Eimsbüttel

Termine im Fachamt Bauprüfung nur
nach Vereinbarung

Die bauordnungsrechtliche Genehmigung erlischt nach § 73 Absatz 1 HBauO, wenn innerhalb von drei Jahren nach ihrer Erteilung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung länger als ein Jahr unterbrochen worden ist.

Sie kann auf schriftlichen Antrag nach § 73 Absatz 3 HBauO jeweils um bis zu einem Jahr verlängert werden.

Planungsrechtliche Grundlagen

Bebauungsplan

Schnelsen 14

mit den Festsetzungen: WA g , IV, GRZ 0,3
Baunutzungsverordnung vom 23.01.1990

Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

13 / 3	Flurkartenauszug / Karte
13 / 61	Lageplan
13 / 62	Lageplan/Abstandsflächen
13 / 66	Grundriss / Tiefgarage + KG
13 / 67	Grundriss / Erdgeschoss
13 / 68	Grundriss 1. Obergeschoss
13 / 69	Grundriss 2. Obergeschoss
13 / 70	Grundriss 3. Obergeschoss
13 / 71	Grundriss Staffelgeschoss
13 / 72	Schnitte
13 / 73	Ansicht
13 / 74	Ansicht
13 / 75	Ansicht
13 / 76	Lageplan
13 / 77	Lageplan
13 / 78	Lageplan

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.
Die Grüneintragungen in den Vorlagen 13/61 -13/78 sind zu beachten.

Erteilte Abweichungen von öffentlich-rechtlichen Vorschriften

1. Folgende planungsrechtliche Befreiungen werden nach § 31 Absatz 2 BauGB erteilt

- 1.1. für den teilweisen Verzicht der Ausbildung der TG Decken mit einer Überdeckung als durchwurzelbare Schicht (§ 3 des Gesetzes zum Bebauungsplan) .

Bedingung

Es ist nachzuweisen, dass die Flächen für die Feuerwehr dennoch begrünt werden, z.B. als Schotterrassen ausgeführt werden.

- 1.2. für das Überschreiten der zulässigen Grundflächenzahl von 0,3 um 0,25 auf 0,55 durch die Nebenanlagen gem. BauNVO § 19 (4) gemäß Bebauungsplan Schnelsen 14 Satz 8. Zulässig gemäß B-Plan

Begründung

Die Befreiung nach § 31 (2) BauGB ist städtebaulich vertretbar.

2. Folgende planungsrechtliche Ausnahme wird nach § 31 Abs. 1 BauGB erteilt

- 2.1. für das geringfügige Vortreten vor die Baugrenze um 2 m (§ 23 Abs. 3 BauNVO) durch die Balkone (gemäß Bebauungsplan Schnelsen 14 § 2 Satz 1.

Begründung

Die Ausnahme nach § 31 (1) BauGB ist städtebaulich vertretbar.

3. Folgende bauordnungsrechtliche Abweichungen werden nach § 69 HBauO zugelassen

- 3.1. für die Abweichung von § 52 (4) HBauO: die gemäß HBauO geforderten Bewegungsflächen von 1,50*1,50 m in den Badezimmern werden t.w. nicht eingehalten und durch Bewegungsflächen von 1,20*1,20 m ersetzt.

Begründung

Die Anforderungen der DIN 18040-2 sind erfüllt.

- 3.2. für die Abweichung von § 28 (2) 2. HBauO: Unterteilung ausgedehnter Gebäude durch eine innere Brandwand in einem Abstand von nicht mehr als 40,0 m.

Begründung

Die Überschreitung von 1,0 m ist geringfügig, die Überschreitung von 7,85 ist nur in einem Teilbereich durch den spitzen Winkel des Gebäudes infolge des Grundstückszuschnitts bedingt.

Aufschiebende Bedingung

4. Von der Genehmigung darf erst Gebrauch gemacht werden, wenn

- 4.1. der Nachweis über die Vereinigung der Flurstücke 7645, 7646, 7647, 7648 oder die Baulasterklärung nach § 79 Absatz 1 HBauO über die Errichtung des Gebäudes auf mehreren Grundstücken (§ 7 Abs. 1 HBauO) vorliegt.

Diese Nebenbestimmungen verlängern nicht die Geltungsdauer der Genehmigung nach § 73 Absatz 1 HBauO.

Genehmigungseinschränkungen (aufschiebende Bedingung)

5. Mit den entsprechenden Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn über folgende Prüfgegenstände ein Ergänzungsbescheid erteilt worden ist:
 - 5.1. Standsicherheit
Hierfür ist der erforderliche Nachweis gemäß § 14 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorlVO) zur Prüfung nachzureichen.
 - 5.2. Nachweis des Wärmeschutzes und der Energieeinsparung
Hierfür sind die erforderlichen Bauvorlagen gemäß § 16 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorlVO) zur Prüfung nachzureichen.

Diese Einschränkungen verlängern nicht die Geltungsdauer der Genehmigung nach § 73 Absatz 1 HBauO.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die

###

Unterschrift

Gebühr

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

Weitere Anlagen

Anlage 3 - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

Anlage 1 zum Bescheid

BAUORDNUNGSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

Bezirksamt Eimsbüttel
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
Fachamt Bauprüfung
Grindelberg 62 - 66
20144 Hamburg

AUFLAGEN

Brandschutz - Rettungswege

6. Die Bemessung der Feuerwehrezufahrten und die Bemessung der Feuerwehraufstellflächen müssen der "Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr" entsprechen.

7. § 35 Fenster, Türen, sonstige Öffnungen

(...) (3) Jedes Kellergeschoss ohne Fenster muss mindestens eine Öffnung ins Freie haben, um eine Rauchableitung zu ermöglichen. Gemeinsame Kellerlichtschächte für übereinander liegende Kellergeschosse sind unzulässig.

(4) Fenster, die als Rettungswege nach § 31 Absatz 2 Satz 2 dienen, müssen im Lichten mindestens 0,9 m x 1,2 m groß und nicht höher als 1,20 m über der Fußbodenoberkante angeordnet sein. Liegen diese Fenster in Dachschrägen oder Dachaufbauten, so darf ihre Unterkante oder ein davor liegender Austritt von der Traufkante horizontal gemessen nicht weiter als 1 m entfernt sein. (...) (siehe hierzu Grüneintragung in der Anlage 13/66).

Brandschutz – Bauteilanforderungen

Die Anforderungen der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) müssen erfüllt werden, die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten:

8. § 25 HBauO Tragende Wände, Stützen

Tragende und aussteifende Wände und Stützen **im Kellergeschoss** müssen feuerbeständig sein - F 90 AB (§ 25 Absatz 2 HBauO).
- siehe Grüneintragungen in den Vorlagen 13/66 und 13/72

Tragende und aussteifende Wände und Stützen müssen im Brandfall ausreichend lange standsicher sein. Sie müssen (...) 2. in Gebäuden der Gebäudeklasse 4 hoch Feuer hemmend (...) sein.

Die Trennwände im Kellergeschoss, zwischen den Nutzungseinheiten TG Grothwisch 2-4 und TG Schleswiger Damm 260, müssen feuerbeständig (AB) und stoßfest sein (§ 27 Absatz 3 HBauO). Sie sind bis unter die Rohdecke zu führen (§ 27 Absatz 4 HBauO) - siehe hierzu Grüneintragung in der Vorlage 13/66.

Öffnungen in Trennwänden (z.B. Trennwand zwischen den Nutzungseinheiten TG Grothwisch 2-4 und TG Schleswiger Damm 260) sind nur zulässig, wenn sie auf die für die Nutzung erforderliche Zahl und Größe beschränkt sind; sie müssen Feuer hemmende, dicht- und selbstschließende Abschlüsse haben (§ 27 Absatz 5 HBauO) - siehe hierzu Grüneintragung in der Vorlage 13/66;

Die Trennwände im Kellergeschoss, zwischen Nutzungseinheiten TG Grothwisch 2-4 und TG Schleswiger Damm 260 und anders genutzten Räumen, ausgenommen notwendigen Flure, müssen feuerbeständig sein (§ 27 Absatz 3 HBauO). Sie sind bis unter die Rohdecke zu führen (§ 27 Absatz 4 HBauO) - siehe hierzu Grüneintragung in der Vorlage 13/66

Die Trennwände zwischen den Nutzungseinheiten müssen hochfeuerhemmend sein (§ 27 Absatz 3 HBauO). Sie sind bis unter die Rohdecke, im Dachraum bis unter die Dachhaut zu führen. Werden im Dachraum die Trennwände nur bis zur Rohdecke geführt, ist diese Decke als Raum abschließendes Bauteil einschließlich der sie tragenden und aussteifenden Bauteile feuerhemmend herzustellen (§ 27 Absatz 4 HBauO) - siehe hierzu Grüneintragung in den Vorlagen 13/66 und 13/67 – 13/71.

(3) Brandwände müssen auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung feuerbeständig sein und aus nicht brennbaren Baustoffen bestehen. Anstelle von Brandwänden nach Satz 1 sind zulässig für Gebäude der Gebäudeklasse 4 Wände, die auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung hoch Feuer hemmend sind. (§ 28 Absatz 3 HBauO). - siehe hierzu Grüneintragung in den Vorlagen 13/66 und 13/67 – 13/71.

9. § 29 HBauO Decken

(1) Decken müssen als tragende und Raum abschließende Bauteile zwischen Geschossen im Brandfall ausreichend lange standsicher und widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sein. Sie müssen (...) 2. in Gebäuden der Gebäudeklasse 4 hoch Feuer hemmend (...)

Satz 2 gilt 1. für Geschosse im Dachraum nur, wenn darüber Aufenthaltsräume zulässig sind; (...)

- siehe hierzu Grüneintragung in der Vorlage 13/72

(2) Im Kellergeschoss müssen Decken in Gebäuden der Gebäudeklassen 3 bis 5 feuerbeständig (...) sein. - siehe hierzu Grüneintragung in der Vorlage 13/72

Decken müssen feuerbeständig sein unter und über Räumen mit Explosions- oder erhöhter Brandgefahr.

(3) Der Anschluss der Decken an die Außenwand ist so herzustellen, dass er den Anforderungen aus Absatz 1 Satz 1 genügt.

(4) Öffnungen in Decken, für die eine Feuerwiderstandsfähigkeit vorgeschrieben ist, sind nur zulässig 1. in Gebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2,

2. innerhalb derselben Nutzungseinheit mit nicht mehr als insgesamt 400 m² in nicht mehr als zwei Geschossen,
3. im Übrigen, wenn sie auf die für die Nutzung erforderliche Zahl und Größe beschränkt sind und Abschlüsse mit der Feuerwiderstandsfähigkeit der Decke haben.

10. § 30 HBauO Dächer

Bedachungen müssen gegen eine Brandbeanspruchung von außen durch Flugfeuer und strahlende Wärme ausreichend lange widerstandsfähig sein (harte Bedachung).

11. § 32 HBauO Treppen

(...) (4) Die tragenden Teile notwendiger Treppen müssen
(...) 2. in Gebäuden der Gebäudeklasse 4 aus nicht brennbaren Baustoffen, sein. Tragende Teile von Außentreppen nach § 33 Absatz 1 Satz 3 Nummer 3 für Gebäude der Gebäudeklassen 3 bis 5 müssen aus nicht brennbaren Baustoffen bestehen.

(4) Die Wände notwendiger Treppenräume müssen als Raum abschließende Bauteile (...) in Gebäuden der Gebäudeklasse 4 auch unter zusätzlicher mechanischer Beanspruchung hoch Feuer hemmend sein - siehe hierzu Grüneintragung in den Vorlagen 13/66 und 13/67 – 13/71..

12. § 37 Aufzüge

(1) Aufzüge im Innern von Gebäuden müssen eigene Fahrschächte haben, um eine Brandausbreitung in andere Geschosse ausreichend lange zu verhindern. In einem Fahrschacht dürfen bis zu drei Aufzüge liegen. Aufzüge ohne eigene Fahrschächte sind zulässig

1. innerhalb eines notwendigen Treppenraumes (...)
Sie müssen sicher umkleidet sein.

(2) Die Fahrschachtwände müssen als Raum abschließende Bauteile
(...) 2. in Gebäuden der Gebäudeklasse 4 hoch Feuer hemmend sein;
Fahrschachtwände aus brennbaren Baustoffen müssen schachtseitig eine Bekleidung aus nicht brennbaren Baustoffen in ausreichender Dicke haben.
Fahrschachttüren und andere Öffnungen in Fahrschachtwänden mit erforderlicher Feuerwiderstandsfähigkeit sind so herzustellen, dass die Anforderungen nach Absatz 1 Satz 1 nicht beeinträchtigt werden - siehe hierzu Grüneintragung in den Vorlagen 13/66 und 13/67 – 13/71.

Brandschutz - Sicherheitsvorkehrungen

13. § 33 Notwendige Treppenräume, Ausgänge

(1) Jede notwendige Treppe muss zur Sicherstellung der Rettungswege aus den Geschossen ins Freie in einem eigenen, durchgehenden Treppenraum liegen (notwendiger Treppenraum). Notwendige Treppenräume müssen so angeordnet und ausgebildet sein, dass die Nutzung der notwendigen Treppen im Brandfall ausreichend lange möglich ist.

(2) Von jeder Stelle eines Aufenthaltsraumes sowie eines Kellergeschosses muss mindestens ein Ausgang in einen notwendigen Treppenraum oder ins Freie in höchstens 35 m Entfernung erreichbar sein. Übereinander liegende Kellergeschosse müssen jeweils mindestens zwei Ausgänge in notwendige Treppenräume oder ins Freie haben. Sind mehrere notwendige Treppenräume erforderlich, müssen sie so verteilt sein, dass sie möglichst entgegengesetzt liegen und dass die Rettungswege möglichst kurz sind.

(3) Jeder notwendige Treppenraum muss an einer Außenwand liegen und einen unmittelbaren Ausgang ins Freie haben. Innen liegende notwendige Treppenräume sind zulässig, wenn ihre Nutzung ausreichend lange nicht durch Raucheintritt gefährdet werden kann. Sofern der Ausgang eines notwendigen Treppenraumes nicht unmittelbar ins Freie führt, muss der Raum zwischen dem notwendigen Treppenraum und dem Ausgang ins Freie

1. mindestens so breit sein wie die dazugehörigen Treppenläufe,
2. Wände haben, die die Anforderungen an die Wände des Treppenraumes erfüllen,
3. rauchdichte und selbstschließende Abschlüsse zu notwendigen Fluren haben und
4. ohne Öffnungen zu anderen Räumen, ausgenommen zu notwendigen Fluren, sein.

- siehe hierzu Grüneintragung in den Vorlagen 13/66 und 13/67 – 13/71..

14. § 34 Notwendige Flure, offene Gänge

(1) Flure, über die Rettungswege aus Aufenthaltsräumen oder aus Nutzungseinheiten mit Aufenthaltsräumen zu Ausgängen in notwendige Treppenräume oder ins Freie führen (notwendige Flure), müssen so angeordnet und ausgebildet sein, dass ihre Benutzung im Brandfall ausreichend lange möglich ist. (...)

(2) Notwendige Flure müssen so breit sein, dass sie für den größten zu erwartenden Verkehr ausreichen, mindestens 1 m. In den Fluren ist eine Folge von weniger als drei Stufen unzulässig.

(3) Notwendige Flure sind durch nicht abschließbare, rauchdichte und selbst schließende Abschlüsse in Rauchabschnitte zu unterteilen. Die Rauchabschnitte dürfen nicht länger als 30 m sein. Die Abschlüsse sind bis an die Rohdecke zu führen; sie dürfen bis an die Unterdecke der Flure geführt werden, wenn die Unterdecke Feuer hemmend ist. Notwendige Flure mit nur einer Fluchtrichtung, die

zu einem Sicherheitstreppenraum führen, dürfen nicht länger als 15,0 m sein. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht für offene Gänge nach Absatz 5.

(4) Die Wände notwendiger Flure müssen als Raum abschließende Bauteile Feuer hemmend, in Kellergeschossen, deren tragende und aussteifende Bauteile feuerbeständig sein müssen, feuerbeständig sein. Die Wände sind bis an die Rohdecke zu führen. Sie dürfen bis an die Unterdecke der Flure geführt werden, wenn die Unterdecke Feuer hemmend und ein nach Satz 1 vergleichbarer Raumabschluss sichergestellt ist. Türen in diesen Wänden müssen dicht schließen; Öffnungen zu Lagerbereichen im Kellergeschoss müssen Feuer hemmende, dicht- und selbstschließende Abschlüsse haben.

- siehe hierzu Grüneintragung in den Vorlagen 13/66 und 13/67 – 13/71.

HINWEISE

15. Der Beginn der Ausführung ist der Bauaufsichtsbehörde spätestens eine Woche vorher mitzuteilen (§ 72a Abs. 4 HBauO).
Bitte verwenden Sie dafür den Vordruck in dem Onlinedienst "Anzeige Bau-, Abbruch- und Wiederaufnahmebeginn" auf der Internetseite gateway.hamburg.de.
16. Die Bauherrin oder der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen.
Dies gilt nicht für die Beseitigung von Anlagen und die Errichtung von nicht baulichen Werbeanlagen (§ 77 Abs. 2 HBauO).
17. Weitere Hinweise, Merkblätter und Broschüren für Ihre Bauausführung finden Sie unter dem Link:
["http://www.hamburg.de/baugenehmigung/583468/start-merkblaetter.html"](http://www.hamburg.de/baugenehmigung/583468/start-merkblaetter.html).

Anlage 2 zum Bescheid

IMMISSIONSSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

Zuständige Stelle für die Überwachung

18. Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Fachamt für Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt
Technischer Umweltschutz
Grindelberg 62-66
20139 Hamburg
Tel.-Nr.: 040 - 4 28 01 - 33 60
Fax.-Nr.: 040 - 4 27 90 - 33 62
E-Mail: umweltschutz@eimsbuettel.hamburg.de

AUFLAGEN

19. Die Tiefgarage ist einschließlich aller Nebeneinrichtungen so zu errichten, zu führen und zu unterhalten, dass gem. § 22 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) keine schädlichen Umwelteinwirkungen zu befürchten sind. Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass die Mitbenutzer des Hauses und die Eigentümer und Anwohner benachbarter Grundstücke sowie die Allgemeinheit nicht durch Geräusche, Erschütterungen, Gerüche, Dämpfe und Lichtimmissionen gefährdet oder erheblich belästigt werden.
20. Lärmimmissionen:
Im Einwirkungsbereich der Tiefgarage einschließlich aller Nebeneinrichtungen dürfen die zulässigen Lärmrichtwerte gem. der „Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm“ vom 26.0.1998 nicht überschritten werden. Die Immissionsrichtwerte dürfen auch in der Summe der Geräuschbeiträge mit anderen Anlagen folgende Immissionsgrenzwerte im Tages- und im Nachtbetrieb nicht überschreiten:
in reinen Wohngebieten tags 50 dB(A) / nachts 35 dB(A),
in allg. Wohn- bzw. Kleinsiedlungsgebieten tags 55 dB(A) / nachts 40 dB(A),
in Kern-, Dorf- u. Mischgebiete tags 60 dB(A) / nachts 45 dB(A) und
in Gewerbegebieten tags 65 dB(A) / nachts 50 dB(A).
Bei Geräuschübertragung innerhalb von Gebäuden gelten gem. TA-Lärm folgende Immissionsrichtwerte "Innen":
tagsüber 35 dB (A) und
nachts 25 dB (A).
Kurzzeitige Geräuschspitzen (Impulse) dürfen die oben genannten Immissionsrichtwerte um folgende Werte nicht überschreiten:
tags 30 dB(A),
nachts 20 dB(A) und
innerhalb von Gebäuden 10 dB(A).
Die Beurteilungszeiten sind tags von 06:00 bis 22:00 Uhr und nachts von 22.00 bis 06.00 Uhr die lauteste Stunde.
Es ist ein Garagentor mit einem geräuscharmen Öffnungsmechanismus zu wählen. Die Regenrinne ist lärmarm auszubilden. D.h., sie ist beispielsweise mit verschraubten Gusseisenplatten auszuführen, so dass sie akustisch nicht auffällig ist.
Die vom Genehmigungsbescheid erfassten Anlagenteile und Nebeneinrichtungen sind unter Beachtung des Standes der Technik zur Lärminderung und

Reduzierung von Geräuschen und Erschütterungen zu errichten und zu betreiben.
Die Anforderungen der DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ sind einzuhalten.

21. Schadstoffimmissionen aus der Tiefgarage:
Zwischen den Lüftungsöffnungen (Kasematten/Garagentor) der Tiefgarage und Orten mit empfindlichen Nutzungen (Fenstern von Aufenthaltsräumen, Balkonen, Terrassen, Spielplätze etc.) ist ein Abstand von horizontal 3 m oder vertikal von 2 m einzuhalten.
Die Lüftungsöffnung im Tiefgaragentor darf nicht größer als 2 Quadratmeter betragen und ist im unteren Drittel des Tores anzuordnen.
Die Lüftungsöffnungen sind im Bereich der Spielplätze und Freizeitflächen z.B. durch Anpflanzungen derart abzusperren, dass das Spielen von Kindern und der Aufenthalt von Personen im Mindestabstand zu den Lüftungsöffnungen mit Sicherheit ausgeschlossen sind.

HINWEISE

22. Rechtsgrundlage für die o.g. Punkte ist § 22 des BImSchG in der geltenden Fassung. Die Behörde hat nach § 24 BImSchG auch nach Erteilung der Genehmigung die Möglichkeit, Anordnungen zu treffen, sofern festgestellt wird, dass die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft nicht ausreichend vor schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen geschützt ist.

Anlage 3

STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG

Dieser Bescheid wird im Transparenzportal Hamburg veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Transparenzportal wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Errichtung

Art der beantragten Anlage: Gebäude, Gebäudeklasse 4

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Reines Wohngebäude

Zahl der Vollgeschosse: 4 Vollgeschosse